

[View this email in your browser](#)

# RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 6 2022

1. Regional
2. Honduras
3. Nicaragua
4. Honduras
5. Nicaragua

*Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?*

Gerne an: [koordination@rt-za.de](mailto:koordination@rt-za.de)

## 1. Regional

**Affenpocken:** Bislang wurden [sechs Fälle von Affenpocken in Honduras](#), [fünf in El Salvador](#) und [zwanzig in Guatemala](#) gemeldet. Die PAHO hat mit dem Bayerisch-Nordischen Laboratorium eine Vereinbarung über die Bereitstellung von 100.000 Dosen Affenpocken-Impfstoff für Lateinamerika ab September geschlossen. Nicaragua hat bisher keine Infektionen gemeldet.

**UN-Versammlung:** Die Präsident\*innen von Guatemala, El Salvador und Honduras sprachen am 20. September vor der [UN-Generalversammlung](#). Im Mittelpunkt der Reden von Nayib Bukele aus El Salvador und Alejandro Giammattei aus Guatemala stand [die Achtung der Souveränität ihrer Länder](#). Die honduranische Präsidentin Xiomara Castro sprach über das Erbe des Putsches und der 13 Jahren Diktatur und [über die "Heuchelei" der internationalen Gemeinschaft](#), die das autoritäre Regime unterstützte. Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega war erneut abwesend, an seiner Stelle sprach Außenminister Denis Moncada: Unter anderem [kritisierte er die Sanktionen gegen das nicaraguanische Regime](#) und bezeichnete sie als imperialistische Aggressionen.

**Klimakrise:** Von [schweren Regenfällen](#) im September waren Tausende von Mittelamerikanern betroffen. [Die Regierung El Salvadors rief wegen der Regenfälle die Alarmstufe Rot aus](#) und ließ im ganzen Land den Unterricht ausfallen, nachdem sieben Menschen bei Erdrutschen ums Leben gekommen waren. Auch die honduranische Regierung rief den nationalen Notstand aus und [meldete 17.000 Betroffene](#) sowie mindestens 12 Todesfälle. In Guatemala hat [ein Drittel der Gemeinden des Landes die Alarmstufe Rot](#) ausgerufen.

## 2. Honduras

**Buchvorstellung in Berlin:** Am 18. Oktober wird das im April veröffentlichte Buch "Privatstädte – Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus" in Berlin vorgestellt. Das Buch legt den Fokus unter anderem auf das honduranische Beispiel der sogenannten Sonderwirtschaftszonen (ZEDE) und die Rolle von deutschen Unternehmen in deren Errichtung und Weiterentwicklung. Zusammen mit der Journalistin Jutta Blume findet im Buchladen "Schwarze Risse" von 18 bis 20 Uhr eine Lesung mit dem Autor Andreas Kemper statt. [Weitere Infos.](#)

**Straflosigkeit und weitere Kriminalisierung von Aktivist\*innen:** Am 9. August, dem Internationalen Tag der indigenen Völker der Welt, [demonstrierten etwa 300 Mitglieder der Organización Fraternal Negra Hondureña \(OFRANEH\)](#) sowie Unterstützer\*innen aus anderen indigenen Gemeinden vor dem Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft. Die Demonstrierenden [forderten Ermittlungen im Fall der im Juli 2020 in der Gemeinde Triunfo de la Cruz verschleppten vier jungen Garífuna.](#) Es gab trotz der Präsenz der Aktivist\*innen vor dem Büro des Generalstaatsanwalts kein Gesprächsangebot mit Vertreter\*innen der Staatsanwaltschaft.

Eine Woche später kündigte hingegen der stellvertretende Generalstaatsanwalt Daniel Sibrián Bueso [strafrechtliche Ermittlungen gegen Miriam Miranda, die Koordinatorin der afro-indigenen Organisation Ofraneh, und den Menschenrechtsanwalt Edy Tábor a an.](#) Den Aktivist\*innen wird die Störung der öffentlichen Ordnung und Freiheitsberaubung vorgeworfen. Die Honduras-Delegation hat die Erklärung dazu von Ofraneh [ins Deutsche übersetzt.](#)

**Delegationsreise der CIDH:** Eine Delegation der Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) [besuchte Honduras vom 30. August bis zum 1. September,](#) um sich über die Menschenrechtslage zu informieren. Die Vertreter\*innen der Kommission haben sich mit Präsidentin Xiomara Castro, dem Außenministerium, der Generalstaatsanwaltschaft, verschiedenen Sekretariaten sowie den Präsidenten des Obersten Gerichtshofs und des Nationalkongresses und dem Büro des nationalen Menschenrechtsbeauftragten getroffen. Der Vizepräsident der IACHR, Stuardo Ralón, bewertete den Besuch als positiv und erklärte, man habe in der neuen honduranischen Regierung ["eine enorme Bereitschaft gefunden, die Agenda der Einhaltung der Menschenrechte voranzutreiben"](#).

**Kritik gegen Castro-Regierung:** Nach mehr als einem halben Jahr an der Macht werden die Regierung von Xiomara Castro und vor allem bestimmte Maßnahmen von Manuel "Mel" Zelaya, dem Berater und Ehemann von Präsidentin Castro, [von einigen Gruppen der Zivilgesellschaft kritisiert.](#) In Tegucigalpa finden Proteste von indigenen Aktivist\*innen sowie Umweltaktivist\*innen statt, um von Xiomara Castro die Einhaltung der von ihrer Regierung eingegangenen Verpflichtungen zu fordern, wie z. B. [die Zerstörung einer illegalen "Narco-Autobahn", die Unterstützung der Lenca-Bevölkerung durch Infrastruktur oder das Verbot der Tagebaue.](#)

---

**EU-Botschaft:** Die Regierung Ortegas soll die deutsche EU-Botschafterin Bettina Muscheidt wegen Kritik zur Menschenrechtslage in Nicaragua aus dem Land de facto ausgewiesen haben. Die Botschafterin wurde vom Außenminister Denis Moncada nach einem Treffen am 28. September mündlich über ihre Ausweisung aus Nicaragua informiert. Die Regierung begründete die Maßnahme mit der "Einmischung und Nichtanerkennung der nationalen Souveränität" Nicaraguas.

**Pressefreiheit:** Die nicaraguanische Regierung hat im September den spanischsprachigen Kanal des US-Senders CNN blockiert. In der Resolution des Nicaraguanischen Instituts für Telekommunikation und Post (Telcor) wird festgestellt, dass "die vom Sender CNN en Español ausgestrahlten Inhalte (...) gegen die Rechtsnormen verstoßen und diese verletzen".

Die nicaraguanische Regierung beschränkt die Presse- und Informationsfreiheit im Land immer weiter: Die Organisation Voces del Sur meldete allein im vergangenen August mehr 72 Verstöße gegen die Pressefreiheit. Mindestens 140 nicaraguanische Journalisten arbeiten aufgrund von Drohungen seitens des Staates oder seiner Vertreter im Exil.

**Europäisches Parlament:** Das Europäische Parlament hat am Donnerstag mit einer breiten Mehrheit eine Resolution verabschiedet, die die Verhaftung von Mitgliedern der katholischen Kirche in Nicaragua scharf verurteilt und ihre sofortige Freilassung fordert. Die MdEP forderten außerdem die Annullierung des Gerichtsverfahrens gegen Bischof Rolando Álvarez und gegen die 206 politischen Gefangenen. Sie forderten Nicaragua auf, die Gesetze aufzuheben, die den zivilen und demokratischen Raum des Landes unangemessen einschränken, und forderten die EU auf, zivilgesellschaftliche Organisationen in Nicaragua weiterhin zu unterstützen. Darüber hinaus forderte das Parlament, dass der UN-Sicherheitsrat eine formelle Untersuchung gegen Daniel Ortega wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit einleite.

**Politische Gefangene:** Nach mehr als 400 Tagen völliger Isolation hat die Regierung Ortega am 30. August zum ersten Mal die politischen Gefangenen des Regimes öffentlich präsentiert. Obwohl die Regierung auf Druck der Familien und der internationalen Zivilgesellschaft die Ernährung der Gefangenen verbessert hat, ist die Blässe und Unterernährung der meisten Häftlinge offensichtlich. Seit Ende September befinden sich mindestens 24 politische Gefangene in den Gefängnissen "La Modelo" und "El Chipote" im Hungerstreik, um ein Ende der menschenunwürdigen Haftbedingungen zu fordern.

Im September 2022 befanden sich 206 Aktivist\*innen, Politiker\*innen, Jurist\*innen, Journalist\*innen und Geistliche in Nicaragua in politischer Haft.

**Kolumbien-Nicaragua-Beziehungen:** Das kolumbianische Außenministerium hat beschlossen, nicht an der Sitzung des Ständigen Rates der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) am 12. August teilzunehmen, bei der über eine Resolution zur Verurteilung des nicaraguanischen Regimes abgestimmt werden sollte. Der kolumbianische Außenminister Álvaro Leyva erklärte am 9. September, die Regierung von Gustavo Petro unternehme "humanitäre Maßnahmen", um das Regime von Daniel Ortega und Rosario Murillo zur Freilassung der politischen Gefangenen in Nicaragua zu bewegen, ohne Details zu nennen.

## 4. Guatemala

**Volksbefragung zur Mine Cerro Blanco:** Die Gemeinde Asunción Mita in Jutiapa hat am 18. September die Mine Cerro Blanco [in einer Volksbefragung](#) mit einer Wahlbeteiligung von 90% abgelehnt. [Über 7000 Bewohner\\*innen haben gegen das Bergbauprojekt gestimmt.](#) Die Mine, die dem kanadischen Unternehmen Bluestone Resources gehört, könnte Abfälle produzieren, die in Richtung El Salvador fließen und [dauerhaft im Güija-See, in Santa Ana und im Lempa-Fluss landen könnten.](#) Der Widerstand gegen das Projekt ist [eine transnationale Bewegung:](#) Guatemalteckische und salvadorianische Organisationen haben sich zusammengeschlossen, um die Schließung der Mine zu fordern.

Das Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) kündigte an, [dass es die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation nicht anerkennen werde und dass die Abstimmung keine Rechtsgrundlage habe,](#) da das Bergbauprojekt in die Zuständigkeit der Zentralregierung falle.

**Pressefreiheit:** Der Journalist aus dem unabhängigen Medienportal [Prensa Comunitaria](#) Carlos Choc wurde nach seiner ersten Aussage vor dem Gericht in Puerto Barrios [von der Anklage freigesprochen,](#) die Anfang 2022 gegen ihn erhoben worden war. Dieser Fall ist eine von neun Fallbeschreibungen aus unserem Dossier [Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger\\*innen in Zentralamerika.](#)

**Podcastreihe:** Das guatemalteckische Medienkollektiv [No-Ficción](#) hat eine zweite Staffel ihrer Podcastserie El Experimento veröffentlicht. Das journalistische Projekt erzählt die Geschichte der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) und der strafrechtlichen Ermittlungen, die die Kooptierung des Staates durch die organisierte Kriminalität aufgedeckt haben. In dieser neuen Reihe wird [die Geschichte vom Beginn des Mandats von Ivan Velásquez bis hin zur Ausweisung der Kommission aus dem Land weitererzählt.](#) No-Ficción konnte die Produktion seines erfolgreichen Podcasts dank einer [Crowdfunding-Kampagne](#) fortsetzen.

## 5. El Salvador

**Meinungsfreiheit:** Ein Twitter-Nutzer, Luis Rivas, [wurde am 21. August von der Polizei festgenommen,](#) nachdem er angeblich ein Foto in den sozialen Medien verbreitet hatte, das den Sicherheitseinsatz an einem Strand für einen der Brüder von Präsident Nayib Bukele zeigt. Die vom Präsidenten kontrollierten Generalstaatsanwaltschaft [wirft ihm das Verbrechen der Missachtung vor:](#) laut dem Strafgesetzbuch handelt es sich um die Verletzung der "Ehre oder des Anstands" eines Beamten durch Wort oder Tat oder die persönliche oder schriftliche Bedrohung des Beamten. Die Staatsanwaltschaft bezeichnete die öffentliche Verwaltung als Opfer und Präsident Nayib Bukele als Nebenopfer, was

---

**Anhörung im US-Kongress:** Die Tom-Lantos-Menschenrechtskommission des US-Kongresses veranstaltete am 12. September [eine öffentliche Anhörung](#) über den andauernden Ausnahmezustand in El Salvador und dessen Folgen für die Menschenrechtslage. Als Zeugen lud der Ausschuss Vertreter\*innen von Organisationen der Zivilgesellschaft wie Cristosal, Due Process of Law Foundation und Human Rights Watch sowie den salvadorianischen Journalisten Héctor Silva Ávalos ein. Die gesamte Anhörung ist auf [YouTube](#) verfügbar.

**Rechte für trans Personen:** Ein salvadorianisches Gericht hat zum ersten Mal [die Änderung des Geschlechts in der Geburtsurkunde einer trans Person](#) genehmigt. Die Anwältin und Aktivistin Karla Guevara hatte das Verfahren [vor drei Jahren eingeleitet](#).

Eine Woche zuvor hatte ein Gericht ebenfalls zum ersten Mal [die Änderung des Namens entsprechend der Geschlechtsidentität eines trans Mannes](#) genehmigt. Im Februar 2022 entschied das Verfassungsgericht, dass die Verfassung Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität verbietet, und [gab dem Parlament ein Jahr Zeit, um ein Verfahren zu entwickeln](#), mit dem trans Personen ihren Namen in Ausweisdokumenten ändern können. Das Verfahren zur Änderung des Namens des [trans Aktivisten und Beamten der Stadtpolizei Aldo Peña](#) dauerte vier Monate.

**Kandidatur für Wiederwahl:** Präsident Nayib Bukele hat am 15. September angekündigt, dass [er bei den Wahlen 2024 für das Amt des Präsidenten kandidieren wird](#), obwohl mehrere Analysten im Land darauf hinweisen, dass [eine sofortige Wiederwahl verfassungswidrig ist](#).

Er begründet seine Entscheidung mit einer Urteil der Richter der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs – die [verfassungswidrig von Bukeles Verbündeten im Kongress ernannt wurden](#) – [die im September 2021 beschlossen haben, dass Präsidenten nach ihrer ersten Amtszeit wiedergewählt werden können](#). Die Verfassung von El Salvador verbietet jedoch in vier verschiedenen Artikeln eindeutig [die Wiederwahl eines Präsidenten](#).

---

---